Bezugs-Preis

für Leipzig und Vororte: In der Haupt-Expedition oder deren Ausgabestellen abgeholt monatlich: Ausgabe A (1 mal täglich) 70 Pf., Ausgabe B (2 mal täglich) 80 Pf., bei Zustellung ins Haus Ausgabe A 80 Pf., Ausgabe B 1 Mark. Durch unsere auswärtigen Ausgabestellen und durch die Post bezogen (1 mal täglich) für Deutschland und Oesterreich monatlich 1 Mark, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Diese Nummer kostet auf allen Bahnhöfen und bei den Zeitungs-Verkäufern **10 Pf.**

Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8.
Telephon Nr. 153, Nr. 222, Nr. 1173.
Berliner Redaktions-Bureau:
Berlin NW. 7, Prinz Louis Ferdinand-Straße 1.
Telephon I, Nr. 9275.

Morgen-Ausgabe B.

Leipziger Tageblatt
und
Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

die 6gespaltene Petitzeile für Geschäftsinserate aus Leipzig und Umgebung 25 Pf., Familien-, Wohnungs- u. Stellen-Anzeigen, sowie Ein- und Verkäufe 20 Pf., finanzielle Anzeigen 30 Pf.
für Inserate von auswärts 30 Pf.
Reklamen 75 Pf., auswärts 1 Mark. Beilagegebühr 4 Mark p. Tausend exkl. Postgebühr. Geschäftsanzeigen an bevorzugter Stelle im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif.

Anzeigen-Annahme: **Augustusplatz 8,** bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Für das Erscheinen an bestimmten Tagen u. Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Haupt-Filiale Berlin:
Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10
(Telephon VI, Nr. 4603).
Filial-Expedition Dresden, Marienstr. 34.

Nr. 528. **Mittwoch** 31. Oktober 1906. **100. Jahrgang.**

Das Wichtigste vom Tage.

* Die kirchliche Trauung des Prinzen Johann Georg von Sachsen wurde gestern in Cannes durch seinen Bruder, den Prinzen Max, vollzogen. (S. Art.)

* Kurz vor dem gestern erfolgten Schluß der Landessynode gab der Präsident des Landeskonsistoriums eine Erklärung zur Pensionierung des Pfarrers Sparwald in Leipzig ab.

* Das preußische Staatsministerium trat gestern wiederum unter dem Vorsitz des Fürsten Bülow zu einer Sitzung zusammen.

* Das Reichsgericht verwarf gestern die Revision der Schutzleute Perschak und Wolf, die am 30. Mai vom Landgerichte I in Berlin wegen fahrlässigen Entweichenlassens des Raubmörders Hennig zu 300 bezw. 100 ℳ Geldstrafe verurteilt worden sind. (S. Gerichtssaal.)

* Staatssekretär von Tschirschky ist aus Rom abgereist. (S. Italien.)

* Der General-Adjutant des Kaisers Wilhelm, General-Leutnant v. Löwenfeld, hat gestern dem Herzog v. Connaught den preußischen Feldmarschallstab überreicht.

Es kriselt.

Das unbehagliche Gefühl, das in den Tagen des journalistischen Duells Bülow-Podbielski die deutschen politischen Kreise ergriffen hat, ist während der letzten Wochen bis zur Nervosität gesteigert worden. Nicht etwa, daß ein großes greifbares Ereignis die Situation verschärft habe. Vielmehr ist es eine Summe von Einzelerscheinungen, von Symptomen, die auf gesteigerte Spannung in den oberen Regionen mit Sicherheit hindeuten, ohne doch schon eine genaue Prognose zu gestatten. Dazu kommt, daß die kritische Winterzeit, die Eröffnung der Parlamente, vor der Tür steht.

Herr v. Podbielski ist noch immer Minister, gegen den Willen des Kanzlers und Ministerpräsidenten. Damit ist der Grund der Spannung gegeben. Konnte sich Fürst Bülow mit einer Gnadenfrist für den nun einmal persönlich vom Hofe überaus wertgeschätzten Landwirtschaftsminister einverstanden erklären, so kann er diese Frist doch nicht über Gebühr verlängert sehen, ohne sich selbst unmöglich zu machen. Auch wenn er persönlich selbst dazu bereit sein sollte, so würde ihm das nichts nützen. Diese beiden Männer können nicht mehr miteinander amtieren. Auch kennt der Herrn v. Podbielski schlecht, der ihn nur als bequemen Mann der Bonhomie taxiert. Er ist bei aller äußeren Jovialität doch eine harte, rücksichtslose Natur. Ohne diese Eigenschaft hätte er seine unbestrittenen Erfolge auf den vielen Gebieten seiner Betätigung nie erreichen können. Und Herr v. Podbielski wird gar nicht mehr bereit sein, unter dem Fürsten Bülow weiter zu arbeiten. Da er selbst aber den Parlamenten nicht mehr präsentiert werden kann, was er am besten wissen wird, so will er wenigstens den Veröffentlicher der Abschiedsnotiz in der „Norddeutschen" mitnehmen. Dieser Kampf um Positionen absorbiert alle Kräfte — nicht nur der direkt beteiligten Personen in den höheren Regionen. Zum Regieren kommt man nicht mehr. In aller Eile wird kurz vor Eröffnung des Reichstags eine Sitzung des Staatsministeriums abgehalten, um in der Fleischnotfrage nicht als ganz untätig zu erscheinen. Aber sonst läuft alles, wie es läuft. Menschlich durchaus verständlich. Nur daß dieser seelische Zustand der Staats- und Reichsgeschäften nicht gerade förderlich sein kann und schon zu den schwersten Aergernissen geführt hat. Die Offiziösen wissen längst nicht mehr, woran sie sind. Die „Norddeutsche" bringt zuerst sehr verständige sozialpolitische Artikel über den drohenden Bergarbeiterstreik und muß sich dann selbst in Grund und Boden dementieren. Das Reichsmilitärgericht geriet in einen ernsthaften Zwist mit dem Kriegsministerium, das sich vom Kaiser recht geben läßt. General v. Massow nimmt einen für ihn überaus ehrenvollen Abschied — Fürst Bülow schweigt. An keiner Stelle der Entwicklung ist auch nur eine Andeutung zu erkennen, daß der Kanzler sich für diese Dinge interessiert. Wenn man auch schon früher den Fürsten nicht bestrebt gesehen hat, sich um Minima zu kümmern, so handelt es sich hier wirklich nicht um Bagatellen. Und etwas mehr ist früher doch geschehen.

Für den politischen Professional sind damit aber die Anzeichen für eine Krise nicht erschöpft. Er sieht noch manche andere Auffälligkeiten, die trotz ihrer anscheinenden Belanglosigkeit oder Zusammenhanglosigkeit doch sichere Schlüsse zulassen. Es ist schon die Rede gewesen von der Direktionslosigkeit der Offiziösen. Aber die Getreuen werden auch unsicher. Und das ist in der Tat recht bedenklich. Die Gefolgschaft des Fürsten lichtet sich. Sie wendet sich sogar zum Teil schon gegen ihn. Wir konnten schon neulich einen merkwürdig scharfen Artikel der „Köln. Ztg." zitieren, worin die Nationalliberalen gegen die Regierung scharf gemacht werden sollten. Am Montag brachte dieselbe Zeitung einen Leitartikel zur Fleischnot, der sich ganz allgemein und in den schärfsten Wendungen gegen die Regierung richtet. Wenn er sich nur Herrn v. Podbielski aufs Korn genommen hätte, so wäre das weiter nicht verwunderlich. Vom Landwirtschaftsminister sagt das Blatt:

„Der Landwirtschaftsminister, der berufene Vertreter der Staatsregierung, hat beteuert sein sollte, die Gegensätze zwischen den einzelnen Interessengruppen auszugleichen, ist in der Fleischfrage selbst Interessent und hätte daher, seit diese Frage kritisch geworden ist, sein Amt niederlegen müssen, genau wie die Städteordnung von einem einfachen Stadtverordneten verlangt, daß er an den Geschäften, über die er mit beschließt, in keiner Weise beteiligt ist."

Aber dann fährt es in noch weit schärferem Tone fort:

Immer wieder drängt sich die Frage auf: wo ist die Regierung, werden wir überhaupt noch regiert? In anderen Ländern, wo es Kabinette gibt und die rechte Hand weiß, was die linke tut, pflegt während der parlamentarischen Ferien der eine oder andere Minister sich über die Stellung des Kabinetts öffentlich zu äußern, und die Erörterung der Tagesfragen, die nie ruhen kann, geht dann ihren Gang in klar erkennbarem Gleis weiter. Wer vermag indes bei uns zu sagen, ob und wann den Städten auf ihre dringenden Eingaben ein Bescheid und ob ihnen je ein Bescheid werden wird? Deshalb ist es die höchste Zeit, daß der Reichstag wieder zusammentritt, um mit diesen Zuständen einmal gründlich abzurechnen. Wer es ernst meint mit unserem deutschen Vaterlande, der kann und darf nicht länger ruhig zusehen, wie eine Regierung, die Führer sein sollte im Kampf gegen die staatsfeindlichen, die bestehende Ordnung zersetzenden Mächte, durch ihre Tatenlosigkeit, Schlaffheit und Nichtachtung aller Volksregungen immer größere Bruchteile des Bürgertums in die Reihen der Sozialdemokratie treibt. Quousque tandem!

Glaubt wirklich jemand, ein Blatt, wie die „Kölnische Zeitung", die so auf die Informationen in auswärtigen Angelegenheiten eingestellt ist, die in der ganzen Welt als Sprachrohr der Regierung gilt, könne überhaupt einen solchen Frontalangriff machen, wenn es die maßgebende Persönlichkeit noch für aktionsfähig halte? Der Vorgang ist nur zu erklären, wenn man mit dem Ausscheiden des Fürsten Bülow rechnet, mit einem Personenwechsel in ganz kurzer Zeit. Noch vor dem 13. November, dem Reichstagszusammentritt, muß sich die Lage klären. Das ist die Meinung aller ernsthaften politischen Beobachter. Womit sie freilich auch arg irren können. Denn nur deshalb, weil es naturgemäß, weil es vernünftig wäre, ein etwa notwendiges Regirement jetzt zu erledigen, um im Parlament freie Hand zu haben und den Blick auf die Zukunft, auf die positive Arbeit lenken zu können — deshalb ist noch lange nicht zu schließen, daß dies Vernünftige auch geschehe. Nicht der Intellekt, sondern die Stimmung regiert die deutsche politische Welt, und Plötzlichkeiten geben noch immer unserer Zeit die Signatur.

Wer aus der Geschichte der letzten Jahrzehnte etwas gelernt hat, wird sich in der ernsten Beurteilung der heutigen Lage auch nicht leicht beirren lassen. Vor allem nicht dadurch, daß im Berliner höfischen und ministeriellen Gesellschaftsleben alles seinen gewohnten Gang geht. Fürst Bülow gibt dem russischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten v. Iswolsky ein Diner. Und Ihre Majestät die Kaiserin und Königin besucht die durchlauchtige Fürstin v. Bülow und deren Mutter Donna Laura Minghetti. Wir durch solche Meldungen zu einer optimistischen Auffassung kommen sollte, der hat den Geist unserer Epoche nicht erfaßt. Er denke an die Verabschiedung Caprivis oder noch besser an den Nervenchoc Miquels, als ihm Herr v. Lucanus gemeldet wurde.

Wir möchten nicht mißverstanden werden. Zum Prophezeien fühlen wir weder Beruf noch Neigung. Nur die Situation wollten wir zeichnen, wie sie sich uns und anderen darstellt, und wie sie vermutlich auch ist. Daß mehr als ein Fauteuil wackelt, scheint uns deutlich sichtbar. Mehr zu sagen, sind wir nicht imstande, halten auch alle weitergehenden Kombinationen vorläufig für apokryph. Der Kampf ist wahrscheinlich noch nicht ausgekämpft, aber er muß sich bald entscheiden.

Die Hochzeit in Cannes.

Die kirchliche Trauung.

In der alten romanischen Kirche „Notre-Dame de bon voyage" wurde gestern vormittag 11 Uhr die kirchliche Trauung des Prinzen Johann Georg und der Prinzessin Maria Immaculata vollzogen. Die stimmungsvoll geschmückte Kirche konnte die große Zahl der Geladenen kaum fassen. Die Anfahrt der Fürstlichkeiten bot ein anziehendes Bild. Die freundliche Begrüßung seitens des Publikums bekundete den lebhaften Anteil, den die Bevölkerung an allem nimmt, was die seit 35 Jahren hier ansässige Familie des Grafen Caserta betrifft. Der Umstand, daß gerade der Geburtstag der Prinzessin Maria Immaculata als Tag der Trauung gewählt wurde, wird als besonderes Zeichen lebhaft gepflegten Familienlebens von weiten Kreisen freudig empfunden.

Prinz Max.

Die Trauung selbst, die von prächtiger Orgelmusik und mehrstimmigem Chorgesang begleitet wurde, trug einen intimen Charakter, da sie von dem Bruder des Bräutigams, dem Prinzen Max, vollzogen wurde. Nachdem unter Orgelklang die gesamte Geistlichkeit, an ihrer Spitze der Bischof von Nizza, ihren Einzug in die Kirche gehalten, und sich alle Fürstlichkeiten, der König und die Prinzen in großer Uniform, die Fürstinnen in prächtiger Toilette, versammelt hatten, hielt zunächst der Bischof von Nizza eine Ansprache, in der er das hohe Paar auf die hohe Bedeutung des Tages hinwies. Sodann vollzog Prinz Max die feierliche Trauung. Wundervolle Musik, Violine- und Harfensolo, sowie Chorgesang schlossen die Feier. Beim Austritt aus der Kirche folgten sämtliche Fürstlichkeiten dem jungen Paare, und die Hof- und Staatswürdenträger schlossen sich ihnen an.

Nach der Trauung.

Man begab sich hierauf zu Wagen nach der Villa des Grafen Caserta, wo ein Dejeuner die Fürstlichkeiten vereinte. Gestern nachmittag reiste das junge Paar in der Richtung nach Mentone ab. Auch einige der fürstlichen Gäste treten bereits heute die Heimreise an, während der König mit den beiden Prinzen-Söhnen bis heute früh in Cannes bleibt.

Der „Heilige Krieg".

(Von unserem Pariser Korrespondenten.)

Für das Ende des Ramadans, des vierzigtägigen Fasten- und Bußfestes, ist der Beginn des „Heiligen Krieges" angekündigt. Wenigstens telegraphierten das einige sich in der Wüste langweilende Reporter an ihre kolonialwütigen Blätter. Der Sultan von Marokko soll hinter der Geschichte stecken. Wir würden den Reportern aufs Wort glauben, wenn nicht der Gouverneur von Algier, Jonnart, und General Lyautey in Person Klage über diese Uebertreibungen geführt hätten. Der Sultan von Marokko wäre außerdem das größte Kamel seines schönen Landes, wenn er gegenwärtig seine getreuen und ungetreuen Untertanen zu einem „Heiligen Kriege" antriebe. Es soll ein Reitertrupp, geführt von einem Kaid, der ein naher Verwandter des Sultans sein soll, in diesen Tagen durch die Gebiete an der französischen Grenze gekommen sein. Sofort telegraphierten die unter der afrikanischen Sonne leidenden Reporter, es handle sich um den vom Sultan zur Leitung des „Heiligen Krieges" ausgesandten Führer. General Lyautey, der ein recht entschlossener, aber auch besonnener Mann zu sein scheint, hat einem Korrespondenten des „Journal" gesagt, nach seinen Ermittelungen habe der Reitertrupp den Auftrag gehabt, die Grenzstämme zu besänftigen, und tatsächlich scheine seit seinem Durchzuge eine größere Ruhe eingetreten zu sein. Jonnart hat in einer Rede erklärt, die Lage wäre ernst und Frankreich wäre unentschuldbar, wenn es bei der allgemeinen Erschütterung in der Welt des Islams gleichgültig bleibe; aber die in Algier vorhandenen Streitkräfte seien ausreichend, eine Ueberrumpelung zu verhüten. General Lyautey hat jetzt etwa 6000 Mann gut bewaffnete Truppen im Süden vereinigt, so daß jene Unbotmäßigen, denen noch immer die Einverleibung Marokkos in den französischen Kolonialbesitz Nordafrikas möglich erscheint, den Moment für gekommen halten, einen Vorstoß über den Fluß Guir in das fruchtbare Land des Tafilelt zu machen. Sie behaupten, es wäre aus strategischen Gründen geboten, den Hauptort Bubenib zu besetzen, was man um so eher tun könne, als die Kanonen von Algeciras Frankreich in den Grenzgebieten freie Hand gelassen habe. Indem man immer neue Vorstöße macht, wird die französische Grenze bald an den Toren von Fez vorüberstreichen! General Lyautey ist nicht der Meinung, daß die Besetzung Bubenibs aus strategischen Gründen geboten sei; er weiß, daß er es mit 8000—10000 Reitern zu tun haben würde, welche die marokkanischen Stämme leicht mit ganz modernen englischen, spanischen und — französischen Gewehren ausrüsten imstande wären. Diese Reiterscharen würden den Franzosen eine Aufgabe stellen, wie sie sie noch nicht in ihren afrikanischen Expeditionen gefunden haben: Lyautey ist überzeugt, daß er den Marokkanern, um sie zu besiegen, in die wilden Bergschluchten der Hommada folgen müßte, wobei seine Truppen unendliche Verluste erleiden würden. In ein solches Abenteuer möchten die Kolonialpolitiker die Republik stürzen. Also die verantwortlichen Männer in Algier raten zur Mäßigung, während Unverantwortliche von Clemenceaus Machtantritt den Befehl zur kriegerischen Expedition gegen Marokko erwarten. Lyautey ist der Ueberzeugung, daß der Rückzug der Truppenmassen an der Grenze genügen werde, Zusammenstöße zu vermeiden. Der Pariser Gemeinderat d'Andigné, der von einer Studienreise aus dem Innern des Sultanats zurückkommt, erzählt, Kaiser Wilhelm gelte heute für den „Sultan Europas", weil er sich in Tanger mit einigen Offizieren in glänzenden Uniformen gezeigt habe. Herr d'Andigné ist begeistert von den Reichtümern, die in Marokko zu holen sind, entzückt, daß er unbehelligt wäre, „Marokko möge bald das Schlußstück des Diadems des französischen Kolonialreiches werden". Die Reichtümer Tafilelts sind es auch, die gewissen Kapitalisten die militärische Expedition dorthin für so notwendig erscheinen lassen.

1903 waren die französischen Truppenführer der Grenzposten der fortgesetzten Ueberfälle auf die Karawanen überdrüssig geworden. In den Bergen von Djebel-Bechar saßen die Marokkaner mit ihren Flinten und knallten in das Tal von Aïn-Sefra hinunter, jedesmal, wenn eine Karawane sich zeigte. Die französische Regierung beschloß, sich jenseits der Berge festzusetzen, um die Banditen von zwei Seiten zu packen. So machte man einen Vorstoß und gründete den Posten Colombechar, den man mit einer Bahnverlängerung sofort zum südlichsten zivilisierteren Handelsplatz mitten im feindlichen Lande machte. Hier glückte das Experiment so leicht, weil die Raubstämme ihren Rückzug abgeschnitten sahen, was bei einer Besetzung von Bubenib gar nicht möglich wäre. Bis dahin waren die Bewohner des Tafilelt, die wohlhabenden Chorfas, im Besitze des Handelsmonopols gewesen; in Bubenib sammelten sich die Bedürfnisse, die von den Karawanen der Chorfas nach den marokkanischen Hafenorten transportiert wurden. Hinfort konzentrierte sich der Handel in dem vorgerückten Grenzorte Colombechar; monatlich wurden für 200 000 Frcs. Waren aus dem Tafilelt nach Colombechar und von da weiter mit der Bahn transportiert. Die Juden, die zahlreich im Tafilelt ansässig waren, siedelten nach Colombechar über, auch viele Ackerbauern. Der Gouverneur von Tafilelt bestimmte darauf eine Frist, nach deren Ablauf es den Juden und Bauern, wenn sie nicht wieder ihren Wohnsitz auf marokkanischem Boden aufschlagen würden, verboten wäre, über die Grenze zu kommen. Darauf sollen die Ansiedler von Colombechar in Massen ausgewandert sein. Frankreich protestierte in Fez gegen des Gouverneurs Erlaß, der mit den Abmachungen zwischen beiden Ländern in Widerspruch stehe. Auf Tausenden von Zetteln sollen die Chorfas daran erinnert worden sein, daß der Handel mit Ungläubigen vom Koran verboten sei. Angeblich hat das Aufblühen von Colombechar auch die Einigung aller marokkanischen Stämme im Grenzgebiete zur Folge gehabt. Bubenib wäre zur Vorratskammer gemacht, große Mengen Getreide wären dort unter dem Schutze von mehreren Hundert Kriegern aufgestapelt. Warum also warten? Mit einem Handstreich gegen Bubenib könnte General Lyautey die ganze Kriegsorganisation des Feindes vernichten, behaupten die Hetzer, die ihn vielleicht noch in das Abenteuer wider seinen Willen treiben werden.

Natürlich werden die tendenziösen Alarmnachrichten von der algerisch-marokkanischen Grenze durch die französische Presse auch weidlich ausgeschlachtet, um Deutschland, den Allerweltsfriedensstörer, nach Herzenslust zu verdächtigen.

Dernburgs Pläne.

Wie sich der neue Kolonialdirektor Dernburg die wirtschaftliche Aufschließung Deutsch-Südwestafrikas denkt, darüber glaubt die „Dortm. Ztg." folgendes mitteilen zu können:

„Dernburgs Plan soll dahin gehen, zu beiden Seiten der großen Verkehrswege je 100 Kilometer Farmland militärisch zu besetzen und so ausreichend zu sichern, daß von seiten des Reiches den innerhalb dieses Radius sitzenden Ansiedlern Leben und Besitz garantiert werden kann. Es sollen auf diese Weise gesichert werden: die Linie Swakopmund—Windhuk, Karibib—Otavi, Windhuk—Keetmanshoop und Keetmanshoop—Lüderitzbucht. Für die Sicherung der Viehzüchter in der Gegend direkt nördlich des Oranjeflusses soll der Ort Warmbad ein Blockhaus und eine größere Garnison erhalten. Alle Farmer und Händler, die sich außerhalb der 100 Kilometerschutzlinie ansiedeln und bewegen, tun dies auf ihre eigene Gefahr. Mit der Zeit soll der Radius dieser Schutzlinie stetig vergrößert werden, bis in absehbarer Zeit die gesamte Kolonie gesichert sein wird. Es wird von Besprechungen, die der Kolonialdirektor mit dem Gouverneur v. Lindequist sofort nach seinem Eintreffen in Deutschland abhalten will, abhängen, wieviel Truppen für diesen Zweck die zukünftige Belegung des Schutzgebietes auf Grund dieses Planes bilden müssen. Oberst v. Deimling dürfte für eine solche Entscheidung weniger in Betracht kommen. Herr v. Lindequist, und nicht der jetzige militärische Oberbefehlshaber, ist der Mann, der in zehn Jahren — eine so lange Frist scheint man sich für die endgültige Beruhigung des Landes gesetzt zu haben — von der Richtigkeit dieses Kalkuls Rechnung ablegen muß. Für die nächsten zehn Jahre scheint man auf Grund dieses Planes in der Kolonialabteilung mit einem dauernden jährlichen Zuschuß von etwa 30 Millionen zu rechnen. Unberührt bleiben davon die außerordentlichen Aufwendungen, wie sie durch die Wiedereinbringung der Bahnvorlage Kubub—Keetmanshoop und die weitere Entschädigung der Ansiedler dargestellt sein werden. Ob im Parlament bei der immer noch prekären Finanzlage des Reiches für diese beabsichtigten Aufwendungen genügend Stimmung vorhanden sein wird, kann erst die Zukunft lehren. Wegen der Ansiedlerentschädigung hat Dernburg sehr sympathische Pläne. Er will anscheinend eine Beihilfe hauptsächlich nur in Form von Zuteilungen von Vieh an die geschädigten Farmer vom Reichstage fordern. Ansiedler, die das Schutzgebiet verlassen wollen, und Händler dürften von den Benefizien weiterer Entschädigungen ausgeschlossen sein."

Weiter wird zu den Plänen Dernburgs mit Bezug auf Ostafrika mitgeteilt, daß die Rupienwährung durch die Markwährung ersetzt und die Salzsteuer beseitigt werden soll. Ebenso habe Dernburg die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission beim Reichskanzler befürwortet. Man wolle sich dabei an amerikanische Vorbilder halten. Dernburgs Wahlspruch sei: „Wo nichts zu verbergen ist, ist auch nichts zu enthüllen." Das klingt verheißungsvoll. Es wäre erfreulich, wenn es Dernburg gelingt, seine Anschauungen gegenüber sehr mannigfaltigen Widerständen zur Geltung zu bringen.

Kaiser Wilhelm II. und die Byzantiner.

In diesen Tagen erscheint im Verlage von J. F. Lehmann in München ein Buch des Grafen Reventlow „Kaiser Wilhelm II. und die Byzantiner". Es wird viel beachtet werden. Mit Recht. Leidet es auch, nach den vorliegenden Proben zu schließen, an einigen Uebertreibungen und Einseitigkeiten in der Beurteilung, so zeichnet es sicherlich trefflich das Wesen des neuzeitigen Byzantinismus, der sich um Kaiser Wilhelm II. breit macht. Und von dem, was über des Kaisers Charakter gesagt wird, ist vieles beherzigenswert. Aus den uns vor dem Erscheinen des Buches gütigst zur Verfügung gestellten Druckbogen geben wir hiermit einige Bemerkungen über den Kaiser selbst wieder, dann Auslassungen über verschiedene Arten des Byzantinismus:

„Eine höchst merkwürdige Erscheinung im Wesen Kaiser Wilhelms II. ist, daß trotz seiner ausgesprochenen Neigung zum absoluten Herrschertum und dessen äußerer Betätigung, er sich im persönlichen Verkehr mit Kreisen, in denen er sich wohl fühlt, dasselbe ganz ablegt. Das tritt speziell auf seinen Seereisen hervor, während seiner Betätigung als Sportsmann, überhaupt, wenn er, wie die byzantinische Presse so schön sagt, sich eine Zeitlang der Regierungssorgen ledig fühlt. Daß ein Monarch das Bedürfnis nach privater Geselligkeit besitzt, ist nur natürlich, auffallend dagegen der schroffe Wechsel im ganzen Gebaren, welcher übrigens in minderem Grade auch bei Kaiser Friedrich III. vorhanden war. Bei Wilhelm II. ist er aber so schroff, daß er alle in Erstaunen setzt, die Gelegenheit gehabt haben, beides zu beobachten, sie erhalten den Eindruck, daß der Kaiser als Monarch und der Kaiser als Mensch zwei verschiedene Wesen sind. Diese merkwürdige Vielgestaltigkeit tritt übrigens auch in anderen Fällen hervor, zumal dann, wenn er mit Leuten zusammenkommt, und sie in seiner Eigenschaft als Monarch empfängt, von denen er weiß, daß sie für den von ihm als Ideal betrachteten Monarchenbegriff keinen Sinn haben; ich erinnere nur an jene Audienz, die Cecil Rhodes bei Kaiser Wilhelm hatte. Dieser ungekrönte König kokettierte in einer Weise mit seiner formlosen Persönlichkeit, die bis zur höchsten Unmanier ging. Amerikaner haben es auch so gemacht, und der Kaiser ging auf ihre Art ein."

Im Abschnitt über „Empfänge, Feste und Kunst" lesen wir folgende Stellen:

„Als Herde der byzantinischen Krankheit sind auch die unzähligen patriotischen Feste zu betrachten. Ihre Abhaltung gilt für verdienstlich; durch sie sollen sich die nationalen Kreise zusammenschließen und einen Damm gegen die Hochflut sozialistischer Umtriebe und Ideen bilden. Der Gedanke ist ganz richtig, aber seiner Verwirklichung stehen zwei Momente entgegen; nur selten haben diese Vereinigungen einen sachlichen Kern, d. h. ein auf reale Ziele gerichtetes Bestreben, das durch gemeinsame Arbeit in Wort oder Schrift angestrebt wird. So kommt es dann